



Auswärtiges Amt

Dr. Guido Westerwelle

Bundesminister des Auswärtigen
Mitglied des Deutschen Bundestages



Bundesministerium
der Verteidigung

Dr. Karl Theodor

Freiherr zu Guttenberg

Bundesminister der Verteidigung
Mitglied des Deutschen Bundestages

An den
Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder, MdB

An den
1. Stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag und Vorsitzenden
der CSU-Landesgruppe
Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

An den
Vorsitzenden der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB

An die
Vorsitzende der FDP-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Frau Birgit Homburger, MdB

An den
Vorsitzenden der Fraktion Die Linke im
Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Gregor Gysi, MdB

An die
Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen im Deutschen Bundestag
Frau Renate Künast, MdB

An den
Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen im Deutschen Bundestag
Herrn Jürgen Trittin, MdB

Berlin, den 16. Nov. 2009

Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das Kabinett beabsichtigt, am 18. November die Verlängerungsanträge zu den Bundestagsmandaten für die deutsche Beteiligung an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF), der Operation Enduring Freedom (OEF) und der VN-Mission im Libanon (UNIFIL) zu beschließen und entsprechende Anträge auf Zustimmung in den deutschen Bundestag einzubringen.

ISAF

ISAF beruht auf einer Resolution des VN-Sicherheitsrats, die jährlich, zuletzt am 8. Oktober 2009, erneuert wurde. Der Deutsche Bundestag hat der Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten an ISAF erstmals am 22. Dezember 2001 zugestimmt. Seither wurde das Mandat jährlich durch den Bundestag verlängert. Das entsprechende Bundestagsmandat soll inhaltlich unverändert mit einer Personalobergrenze von 4.500 Soldatinnen und Soldaten bis zum 13. Dezember 2010 verlängert werden; der Einsatz erfolgt im Schwerpunkt in Nordafghanistan und Kabul.

Die Bundesregierung strebt die Schaffung selbsttragender Sicherheit und Stabilität in Afghanistan im Sinne des Konzepts der vernetzten Sicherheit durch die Verknüpfung militärischer Mittel und ziviler Instrumente an.

Im Zentrum des militärischen Engagements steht dabei die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte sowie deren Unterstützung bei der eigenständigen Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben.

Die Bundesregierung hat, gemeinsam mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich, die Vereinten Nationen gebeten, nach Bestätigung der neuen afghanischen Regierung eine internationale

Afghanistankonferenz einzuberufen, bei der, gemeinsam mit der afghanischen Regierung, konkrete Erwartungen und Ziele zu den Themen gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Sicherheit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afghanistan festgelegt werden sollen. Es ist Absicht der Bundesregierung, unmittelbar im Anschluss an die Konferenz den deutschen zivilen und militärischen Beitrag im Rahmen des internationalen Gesamtengagements in Afghanistan einer erneuten Prüfung zu unterziehen und bei Bedarf dem Bundestag ein dementsprechend angepasstes Mandat zur Billigung vorzulegen.

In den nächsten Tagen geht Ihnen ein Dokument mit dem Titel „Afghanistan. Auf dem Weg zur ‚Übergabe in Verantwortung‘“ zu, in dem die Bundesregierung die Planung des Gesamtengagements nicht zuletzt auch mit Blick auf die internationale Afghanistankonferenz darstellt.

AWACS

Eine Verlängerung des vom Bundestag am 2. Juli 2009 erteilten Mandats zur deutschen Beteiligung am Einsatz des NATO-AWACS Verbands im Rahmen von ISAF wird nicht beantragt. Der vom NATO-Rat beschlossene Einsatz konnte bislang aufgrund fehlender Überfluggenehmigungen für Turkmenistan nicht realisiert werden. Die als langfristige Lösung vorgesehene Stationierung von NATO-AWACS in der Golfregion ist derzeit wegen stockender Verhandlungen über ein Stationierungsabkommen blockiert. Die Verhandlungen werden mit Priorität und unter Einsatz des NATO-Generalsekretärs fortgeführt. Sollten im Laufe des Jahres 2010 die noch fehlenden Voraussetzungen für einen Einsatz der NATO-AWACS geschaffen werden, wird die Bundesregierung dem Bundestag ein entsprechendes Mandat zur Billigung vorlegen.

OEF

Die Bundesregierung beabsichtigt, das bisherige Mandat hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr am Horn von Afrika einschließlich angrenzender Seegebiete im Rahmen von OEF und im Mittelmeer im Rahmen der NATO-geführten Operation Active Endeavour (OAE) inhaltlich unverändert bis zum 15. Dezember 2010 fortzuschreiben, jedoch die Personalobergrenze auf 700 Soldatinnen und Soldaten abzusenken.

Deutschland beteiligt sich an OEF ausschließlich im Rahmen der Seeraumüberwachung am Horn von Afrika einschließlich angrenzender Seegebiete. Neben OEF tritt OAE, eine bündnisgemeinsame Präsenz- und Überwachungsoperation der NATO im gesamten Mittelmeer. Maritime Präsenz und maritime Operationen im Rahmen von OAE unterstreichen die Entschlossenheit der NATO zur Terrorbekämpfung. Die Bundesregierung wird die weitere Notwendigkeit der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an OEF/OAE im Laufe des Mandatszeitraums evaluieren und dem Bundestag entsprechend berichten.

Zum Stand der deutschen Beteiligung an dieser Operation geht Ihnen dieser Tage die 14. Fortschreibung des bilanzierenden Gesamtberichts zu.

UNIFIL

Die innen- und außenpolitische Situation des Libanon hat sich seit der Verlängerung des Bundestagsmandates für die Beteiligung der Deutschen Marine am UNIFIL-Flottenverband im September 2008 weiter verbessert. Das Risiko eines erneuten bewaffneten Konflikts mit Israel besteht allerdings fort - nicht zuletzt angesichts innenpolitischer Spannungen im Libanon und ungelöster regionaler Konflikte. Der Einsatz von bewaffneten deutschen Streitkräften ist Teil der Gesamtanstrengungen der Bundesregierung zur Förderung von Frieden und Stabilität im Libanon und der Region.

Der UNIFIL-Flottenverband hat ein doppeltes Mandat: Es sieht neben der Sicherung der seeseitigen Grenzen auch die Unterstützung der libanesischen Marine beim Aufbau von Fähigkeiten zur selbständigen Überwachung der Seegrenze vor. Dies ist ein entscheidender Schritt dahin, dass der Libanon seine souveränen Rechte ausübt und ein wichtiger Schritt zur weiteren Stabilisierung der Lage in der Region.

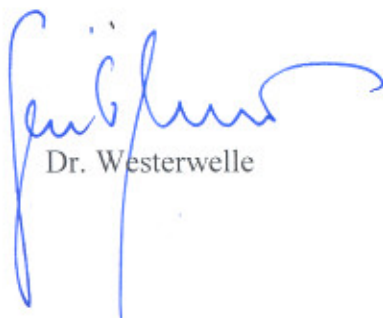
Die Bundeswehr hat sich von Beginn des Einsatzes an am UNIFIL-Flottenverband (Maritime Task Force, MTF) beteiligt. Die Deutsche Marine hat den UNIFIL-Flottenverband seit Oktober 2006 für insgesamt 21 Monate geführt. Deutschland hat damit im internationalen Vergleich seit 2006 den weitaus größten Beitrag zum UNIFIL-Flottenverband geleistet. Angesichts der erfolgreichen Aufgabenerfüllung der MTF und unter Berücksichtigung des erreichten libanesischen

Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Bilaterale Ausbildungs- und Ausrüstungsmaßnahmen werden weiter an Bedeutung gewinnen, der deutsche Beitrag wird sich daher zunehmend daran ausrichten. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der regionalen Bedeutung auch des maritimen Anteils der Mission soll das Mandats bis zum 30. Juni 2010 verlängert werden.

Wir bitten Sie, Ihre Fraktion über diese Vorhaben der Bundesregierung zu informieren. Für weitere Fragen steht die Bundesregierung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Westerwelle



Dr. Freiherr zu Guttenberg